

A m t s b l a t t

des Landkreises Ebersberg



Nummer 04

Freitag, 04.02.2022

Herausgeber:
Landratsamt Ebersberg
Eichthalstraße 5
85560 Ebersberg

Telefon: 08092 823-0
Telefax: 08092 823-210

E-mail: poststelle@lra-ebe.de
Internet: www.lra-ebe.de

Inhaltsverzeichnis

- 06/03 Allgemeinverfügung des Landratsamts Ebersberg zur Bekämpfung des Coronavirus SARS-CoV-2 im Landkreis Ebersberg; Anordnung einer Testpflicht für Bewohner der vollstationären Pflegeeinrichtungen, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, Altenheimen und Seniorenresidenzen



06/03

**Allgemeinverfügung des Landratsamts Ebersberg zur Bekämpfung des Coronavirus SARS-CoV-2 im Landkreis Ebersberg;
Anordnung einer Testpflicht für Bewohner der vollstationären Pflegeeinrichtungen, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, Altenheimen und Seniorenresidenzen**

Das Landratsamt Ebersberg erlässt auf Grundlage der §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 28a Abs. 7 Satz 1 Nr. 4, Abs. 1 Nr. 15 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) in Verbindung mit §§ 7 Abs. 1 Satz 1, 16 Abs. 1 der 15. Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (15. BayIfSMV) vom 23. November 2021 (BayMBI Nr. 816), zuletzt geändert durch Änderungsverordnung vom 26. Januar 2022 (BayMBI Nr. 67), und § 65 Satz 1 der Zuständigkeitsverordnung (ZustV) und Art. 35 Satz 2 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG) folgende

Allgemeinverfügung:

In Ergänzung zu § 28b Abs. 2 IfSG werden folgende Anordnungen getroffen:

1. Bewohner in Einrichtungen nach § 36 Abs. 1 Nr. 2 IfSG sowie in ambulant betreuten Wohngemeinschaften der außerklinischen Intensivpflege müssen sich, unabhängig von ihrem Impf- oder Genesenenstatus, an mindestens drei verschiedenen Tagen pro Kalenderwoche einer Testung mittels PoC-Antigentest in Bezug auf eine Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 unterziehen. Das Ergebnis ist auf Verlangen der Leitung der Einrichtung und dem Landratsamt Ebersberg vorzulegen, die Einrichtungen sollen die erforderlichen Testungen organisieren.
2. Bezüglich der Vorgaben in Nummer 1 dieser Allgemeinverfügung muss der Betreiber einer der dort genannten Einrichtungen ein entsprechendes Testkonzept erstellen, das das vorhandene Testkonzept entsprechend der Vorgaben aus §§ 28b Abs. 2 Satz 7 IfSG, 7 Abs. 1 der 15. BayIfSMV ergänzt.
3. Diese Allgemeinverfügung ist kraft Gesetzes sofort vollziehbar.
4. Diese Allgemeinverfügung tritt am 07.02.2022 in Kraft und mit Ablauf des 27.02.2022 außer Kraft.

Hinweis:

- Diese Allgemeinverfügung ergänzt die bereits kraft Gesetzes geltenden Testpflichten. Auf die sich aus § 28b Abs. 2 IfSG ergebenden Testpflichten, insbesondere die Testpflicht für Beschäftigte, Betreiber und ehrenamtlich Tätige wird hingewiesen. Zudem wird darauf hingewiesen, dass auch für Besucher vor Betreten der Einrichtung eine Testpflicht nach § 28b Abs. 2 IfSG besteht, und zur Gruppe der „Besucher“ ausweislich der Gesetzesbegründung auch alle Personen zählen, die etwa



aus einem beruflichen Grund die Einrichtungen betreten wollen oder müssen (also auch externe Dienstleister wie z.B. Therapeuten, Handwerker oder Paketboten).

- Es wird darauf hingewiesen, dass Verstöße gegen die Bestimmungen dieser Allgemeinverfügung nach § 73 Abs. 1 Nr. 6 als Ordnungswidrigkeit nach dem IfSG mit Bußgeld geahndet werden können.
- Ungeachtet der Verpflichtungen nach den Ziffern 1 und 2 ist eine darüberhinausgehende freiwillige Testung oder Testung aufgrund des Schutzkonzepts der Einrichtung nach wie vor möglich und nach Einschätzung des Gesundheitsamts Ebersberg empfehlenswert.

Begründung:

a)

Das Landratsamt Ebersberg ist für den Erlass dieser Allgemeinverfügung sachlich gem. §§ 28 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1, § 28a IfSG sowie § 65 Satz 1 der Zuständigkeitsverordnung (ZustV) und örtlich gem. Art. 3 Abs. 1 Nr. 1 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz (BayVwVfG) zuständig.

b)

aa) Das neuartige Coronavirus SARS-CoV-2 hat sich in kurzer Zeit weltweit verbreitet, so dass die WHO am 11.03.2020 das Ausbruchsgeschehen als Pandemie bewertet hat. Die Erkrankung ist sehr infektiös. Es besteht weiterhin weltweit, deutschlandweit und bayernweit eine sehr dynamische und ernst zu nehmende Situation mit zuletzt erneuter starker Zunahme der Fallzahlen innerhalb weniger Tage auch in der Region.

Nach aktuellen Fallzahlen des Robert Koch-Instituts (RKI) haben sich tagesaktuell bereits über 10,18 Millionen Personen deutschlandweit nachweislich mit dem neuartigen Virus SARS-CoV-2 infiziert. Über 118.170 Personen sind an oder mit dem Virus deutschlandweit bereits verstorben.

Eine neue, zunächst in Südafrika identifizierte Variante mit einer Vielzahl von Mutationen wurde am 26.11.2021 von der WHO und dem ECDC als besorgniserregende Variante (Variant of Concern, VOC) mit der Bezeichnung Omikron (engl. Omicron; Pangolin Nomenklatur B.1.1.529) eingestuft.

Die Belastung der Intensivstationen hält durch die Vielzahl sehr schwer an COVID-19 erkrankter Personen weiterhin an, zeigt aber gegenwärtig keinen steigenden Trend. Mit Datenstand vom 26.01.2022 werden 2.363 Personen mit einer COVID-19-Diagnose auf einer Intensivstation behandelt.

In der 3. Kalenderwoche (KW) 2022 setzte sich der steigende Trend bei den wöchentlichen Fallzahlen fort. In nahezu allen Bundesländern waren sehr deutliche Anstiege der Fallzahlen zu verzeichnen. Auch der Anteil positiv getesteter Proben (32 %, Vorwoche: 24 %) bei einer weiteren Steigerung der Anzahl der durchgeführten labordiagnostischen PCR-Untersuchungen zeigt den massiven Anstieg des Infektionsdrucks in der Bevölkerung. Die 7-Tages-Inzidenz liegt nun in allen Altersgruppen zwischen 5 und 44 Jahren über 1.000 SARS-CoV-2-Infektionen pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Besonders stark steigt die 7-Tages-Inzidenz in der Gruppe der Kinder und Jugendlichen von 0-14 Jahren an. In der Gesamtbevölkerung ist die 7-Tages-Inzidenz im Vergleich zur Vorwoche um 57 % gestiegen. Von schweren Krankheitsverläufen weiterhin am



stärksten betroffen sind ungeimpfte Menschen in höheren Altersgruppen und Menschen mit vorbestehenden Erkrankungen, die das Immunsystem schwächen. Die mit Abstand höchste Hospitalisierungsinzidenz weisen über 80-Jährige auf. Die durch eine Adjustierung für den Meldeverzug (Nowcast-Verfahren) geschätzten Werte der Hospitalisierungsinzidenz bewegen sich weiterhin auf hohem Niveau und einen weiterhin leicht ansteigenden Trend (Quelle: RKI - Wöchentlicher COVID-19-Lagebericht vom 27.01.2022).

Im Landkreis Ebersberg wurden seit Beginn der Pandemie inzwischen über 21.790 Personen nachweislich positiv mit einem PCR-Test getestet. 18.274 gelten als geheilt, 238 sind leider verstorben. 382 Landkreisbewohnerinnen und -bewohner sind derzeit in Quarantäne, weil sie entsprechenden Kontakt zu einer infizierten Person hatten (Stand: 02.02.2022).

Im Landkreis Ebersberg gibt es aktuell 16 Pflegeeinrichtungen sowie 6 Behinderteneinrichtungen. In diesen Einrichtungen leben weit über 1.500 Menschen, die alle zum besonders vulnerablen Personenkreis gehören. Dieser Personenkreis muss in den Zeiten der vierten Corona-Welle wieder besonders geschützt werden, da ihr Risiko, an einem schweren, auch tödlichen Verlauf der Erkrankung COVID-19 zu erleiden, überdurchschnittlich hoch ist. Diese Erfahrungen zeigten sich in der Vergangenheit auch in den stationären Einrichtungen im Landkreis. Dort kam es insgesamt zu über 700 Infektionen, von denen mehr als 132 zum Tode führten.

Auch wenn inzwischen Impfstoffe in ausreichender Menge zur Verfügung stehen, besteht weiterhin weltweit, deutschland-weit und bayernweit – insbesondere in der anstehenden kalten Jahreszeit – eine sehr dynamische und ernst zu nehmende Situation. Der vom RKI für den Landkreis Ebersberg ausgewiesene Inzidenzwert hat mit einer Schwankungsbreite von ca. 300 bis 2.000 (aktuell am 03.02.2022: 1.946,0) eine während der Corona-Pandemie noch nie dagewesene Höhe erreicht. Hieraus ergibt sich ein enorm hoher Infektionsdruck, der sich auch immer wieder durch Impfdurchbrüche – auch in stationären Einrichtungen – zeigt.

Hinzu kommt, dass im Landkreis Ebersberg die Impfquote von 70,35 Prozent im Vergleich zum bundesweiten Durchschnitt von über 75,8 Prozent deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt (Stand: 02.02.2022).

Zwar ist das Risiko einer Virusübertragung durch Geimpfte stark vermindert, jedoch nicht vollständig beseitigt. Ebenso verfügen noch nicht alle Bewohner und Bewohnerinnen in diesen Einrichtungen über eine sogenannte Booster-Impfung (i.d.R. Drittimpfung) und gerade beim Personal ist die Anzahl der Personen, die über einen vollständigen Impfschutz verfügen, sehr unterschiedlich.

Der Inzidenzwert des Landkreises Ebersberg liegt tagesaktuell bei 1.946,0 (Bund: 1.283,2, Bayern: 1.550,0). Der landes- und bundesweite Durchschnitt wird erheblich überschritten. In direkter Folge dessen ist die Situation in den Krankenhäusern der Region inzwischen äußerst angespannt.

Die Belegung der Intensivbetten im Leitstellenbereich Ebersberg Freising Erding liegt bei 98 % (Stand: 03.02.2022).



Nach fachlicher Einschätzung des Gesundheitsamtes steht in Aussicht, dass bei weiterhin ungebremsster Ausbreitung der Corona-Infektionen die Zahl der krankenhauspflchtigen Behandlungsfälle mit der Folge einer Überlastung im ambulanten und stationären Gesundheitswesen schnell und deutlich zunimmt. Die Konsequenz wäre, dass notwendige Behandlungen unabhängig einer Corona-Infektion nicht mehr im erforderlichen Umfang durchgeführt werden können, was einschneidende Folgen für die Gesundheitsversorgung bedeuten würde. Des Weiteren müssen schon jetzt wegen Kapazitätsengpässen überregionale Verlegungen aus Oberbayern durchgeführt und elektive Eingriffe verschoben werden.

bb) Die unter Ziffer 1 getroffenen Anordnungen stützen sich auf §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 28a Abs. 7 Satz 1 Nr. 4, Abs. 1 Nr. 15 IfSG i.V.m. § 16 Abs. 1 der 15. BayIfSMV.

Die angeordneten Testungen der Bewohner selbst dienen unmittelbar dem Lebens- und Gesundheitsschutz der Bewohner vor einer Infektion mit SARS-CoV-2, da Ausbrüche dort wegen der Vulnerabilität der Bewohner zu hohen Todeszahlen führen können und auch schon geführt haben. Sie zielen nicht mehr auf die Beobachtung von Ansteckungsverdächtigen i.S.v. § 29 IfSG. Damit wird den Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (BayVGH), Beschluss vom 2.3.2021, Az. 20 NE 21.353, Rn. 21, wonach diese Möglichkeit ausdrücklich offengelassen wurde, als auch sinngemäß der Begründung in BayVGH, Beschluss vom 2.3.2021, Az. 20 NE 21.353, Rn. 11–31 Rechnung getragen.

Die Festsetzung der Testung ist auch erforderlich. Es steht kein anderes, ebenso gut geeignetes Mittel zur Verfügung.

Es ist essentiell, ein etwaiges Ausbruchsgeschehen unter den Bewohnern möglichst frühzeitig aufzudecken. Es ist daher erforderlich, neben den nun gesetzlich geregelten Testpflichten für Beschäftigte, ehrenamtlich Tätigen, Besucher und sonstigen Personen, die die Einrichtungen betreten, auch die Bewohner in ein Testkonzept mit einzubeziehen. Dies ermöglicht es, bei einem Ausbruch mit umgehenden Maßnahmen die Ansteckung weiterer Personen verhindern zu können.

Bei Erlass dieser infektionsschutzrechtlichen Schutzmaßnahmen in Pflegeeinrichtungen wurden nicht nur die Teilhabeinteressen der Bewohnerinnen und Bewohner, sondern auch die Interessen der Pflegeeinrichtungen an der Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Einrichtungsbetriebs in die Abwägung mit den infektionsschutzrechtlichen Zielen eingestellt.

In der gegenwärtigen Pandemiesituation ist es im Interesse der Bewohner, die sich in der Verantwortung der Einrichtungsbetreiber befinden, sowie auch dem Betreiber grundsätzlich zumutbar, besondere Belastungen zu schultern, um die körperliche Unversehrtheit der Bewohner sowie deren Teilhabe an der Gesellschaft sicherzustellen.

Die Pflichten sind angemessen, weil sie die Aufrechterhaltung wichtiger Sozialkontakte ermöglichen und einer vollständigen Isolation der Bewohner vorbeugen. Der mit der Testung verbundene Aufwand ist den Bewohnern und den Einrichtungen angesichts dessen zumutbar. Dies gilt auch,



wenn die Bewohner der Einrichtung bereits weitgehend geimpft sind, weil es immer noch ungeimpfte bzw. Bewohner ohne Booster-Impfung gibt sowie über die Wirksamkeit der Impfung jedenfalls derzeit noch keine gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse vorliegen. Solange nicht eindeutig erkennbar ist, dass durch das Impfprogramm das Infektionsgeschehen unter Kontrolle ist – was derzeit aufgrund der rapide steigenden Inzidenzen nicht der Fall ist – ist die Testpflicht erst recht bei regional hohen Infektionszahlen samt ausgelasteten Kreiskliniken im Rettungszweckverband Ebersberg, Erding, Freising gerechtfertigt.

Die in dieser Allgemeinverfügung geregelten Maßnahmen führen im Ergebnis nicht zu einer unangemessenen Belastung für die Bewohner und die Betreiber der Einrichtungen.

c)

Die sofortige Vollziehbarkeit der Allgemeinverfügung ergibt sich aus § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) i.V.m. § 28 Abs. 3 i.V.m. § 16 Abs. 8 IfSG. Es wird darauf hingewiesen, dass deswegen eine Anfechtungsklage keine aufschiebende Wirkung hat.

d)

Die vorliegende Allgemeinverfügung ist bis zum 27.02.2022 befristet.

e)

Nach Art. 41 Abs. 4 Satz 3 BayVwVfG gilt bei der öffentlichen Bekanntgabe eines schriftlichen Verwaltungsaktes dieser zwei Wochen nach der ortsüblichen Bekanntgabe als bekannt gegeben. Aufgrund der besonderen Dringlichkeit wurde von der Möglichkeit des Art. 41 Abs. 4 Satz 4 BayVwVfG Gebrauch gemacht und ein früheres Bekanntgabedatum gewählt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht in München,
Postfach: 20 05 43, 80005 München,
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

Die Einlegung des Rechtsbehelfs ist schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form möglich. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet **keine** rechtlichen Wirkungen!

Ab 01.01.2022 muss der in § 55 d VwGO genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.



Kraft Bundesrecht wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Ebersberg, den 03.02.2022

Peter Heydecker
Regierungsrat